

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/40. Jahrgang

Dezember 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Das letzte Hemd wird unbezahlbar

Am 17. Dezember soll der Gießener Haushalt verabschiedet werden mit einem Rekorddefizit von mehr als 38 Millionen Euro. Kürzungen werden quer Beet erwogen und vorgenommen, nur ein Posten bleibt unangetastet: die Gelder für die Landesgartenschau. Stattdessen soll eine neue Gebührenordnung für Friedhöfe und Feuerbestattungsanlage beschlossen werden: eine einstellige Wahlgrabstelle (40 Jahre) kostet z.B. dann 1764 E (vorher 1176 E).

Weitere drastische Erhöhungen stehen in den nächsten Jahren bevor. Begründet wird dies mit der Verpflichtung der Kommunen, die Gebühren „kostendeckend“ zu erheben. Aber das ist Humbug und nur ein Vehikel, die Menschen zweimal zu schröpfen: einmal über die Erhebung von Steuern (die doch dazu da sind, die notwendigen Dienstleistungen zu finanzieren), zum anderen sollen die Menschen diese Kosten ein zweites Mal vollständig, „kostendeckend“, über die

Gebühren bezahlen. Das dient nur dazu, nochmals abzukassieren und dabei zu sagen: „Wir können nicht anders,“ – nachdem sie selbst es so beschlossen haben.

Besonders unanständig ist hierbei, daß ausgerechnet das Sterben immer öfter unbezahlbar wird und die Hinterbliebenen in finanzielle Schwierigkeiten gestürzt werden. Schon jetzt kommt es auch im Kreis Gießen vermehrt vor, daß die Beerdigungskosten für die Angehörigen zu teuer sind und sie zum Sozialamt gehen müssen. 2007 wurden 86 Anträge auf Übernahme der Bestattungskosten gestellt (davon 71 übernommen); 2008 waren es bereits 110 Anträge (85 übernommen). Das Sozialamt entscheidet also strenger, ob den Verwandten, die „bestattungspflichtig“ seien, die Beerdigungskosten zugemutet werden können. Und das kann Wochen oder gar Monate dauern. Daß die Städte und Gemeinden zu wenig Geld haben und sich verschul-

den müssen, ist unbestreitbar. Daß deswegen die Bevölkerung ständig mehr zahlen muß, ist nicht hinnehmbar. Das Geld muß da geholt werden, wo es ist: bei den Banken, den Konzernen, den Superreichen. Erika Beltz



Wir bitten um Spenden,
jeder Euro ist willkommen

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen

Inhalt:

Zum Umgang mit den Nazis	S.2
Gartenschau/Mieterprotest/Islam	S.3
Tarife ö.D./Hessenfilz/Schwarze Listen	S.4
Wunder/Schilda/ZAUG	S.5
Obama + Lateinamerika/Die Tafel	S.6
Leserbriefe/Buchtipp	S.7
Schweinegrippe/Ausstellung/Termine	S.8

Solidarität mit den Studierenden

In ganz Deutschland geht der Bildungstreik weiter, Unis werden besetzt, Zigttausende Studierende gehen auf die Straße. In Gießen wurde am 25.11. auf einer Vollversammlung im Audimax mit mehr als 2000 Teilnehmenden die „Gießener Erklärung“ (www.protest-Giessen.de) verabschiedet. Darin wird



u.a. ein solidarisches und demokratisches und vor allem kostenfreies Bildungssystem gefordert: *„Die überbordende Fremdbestimmung an den Hochschulen macht uns zu bevormundeten Kindern, denen die Kompetenz zur Selbstbestimmung abgesprochen wird.“*

Die DKP erklärt sich solidarisch!

Für Frieden und Sozialismus! DKP

32. Mahngang in Gießen

Am 9. November fand in Gießen zum 32. Mal der Mahngang zur Erinnerung an die Reichspogromnacht statt. Etwa 150 Menschen beteiligten sich trotz schlechten Wetters daran, um an die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung auch in Gießen, an die Zerstörung der Synagogen in der Steinstraße und an der heutigen Kongresshalle zu erinnern. Es geht darum, die industrielle Vernichtung von Juden als einmaligem Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Neben den Informationen durch Henning Mächerle, VVN, sprachen eine Vertreterin des AstA, der Antifa R4 und zum Schluss Ernst Richter vom DGB.



Zum Umgang mit den Nazis

Auch am 7. November konnte der NPD-Aufmarsch in Friedberg verhindert werden. Knapp 100 Nazis standen gegen mehr als 2000 Menschen, die dem Aufruf des Wetterauer Bündnisses gegen Rechts gefolgt waren. Der Polizei-Einsatz war mehr als überzogen: stundenlang waren Gegendemonstranten und unbeteiligte Passanten eingekesselt, schikaniert und erkennungsdienstlich behandelt worden. Selbst als die Nazis Friedberg längst verlassen hatten, wurden die Menschen in der Kaiserstraße festgehalten. Einige Betroffene haben deswegen Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Nötigung gestellt. Dieses unverhältnismäßige Vorgehen begründet die Polizei, sie sei verpflichtet, den Weg für die genehmigte Demonstration freizuhalten und wer sich dem widersetze, mache sich strafbar. Eine solche Haltung nach dem Motto „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ ist leider keine Ausnahme in der BRD.

Um so erfreulicher ist in diesem Zusammenhang ein Urteil des Bundes-

verfassungsgerichts von Mitte November, das ein Verbot rechtsradikaler Aufmärsche erleichtert. Die Karlsruher Richter verwiesen zur Begründung auf das Unrecht und den Schrecken, den „die nationalsozialistische Herrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht“ habe. Der neue Volksverhetzungsparagraph (seit April 2005 in Kraft) setze der „propagandistischen Gutheißung“ der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft Grenzen. Nach § 130, Absatz 4 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, „wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt“. So sehr dieses Urteil zu begrüßen ist, weil es auch die Totalitarismus-Ideologen mit ihrer Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus in die Schranken verweist, dem Gebot unseres Grundgesetzes wird es nicht gerecht (siehe Kasten rechts). E.B.



Potsdamer Abkommen:

„Die Nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen; es sind Sicherheiten zu schaffen, dass sie in keiner Form wiedererstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung ist vorzubeugen.“

Art. 139 Grundgesetz:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“, bleiben also in Kraft.

Antrag der BRD zur Aufnahme in die UNO 1973:

„Das ausdrückliche Verbot von neonazistischen Organisationen und gleichfalls die Vorbeugung gegenüber nazistischen Tendenzen folgen aus dem Grundgesetz mit der Wirkung, dass die von den alliierten und deutschen Stellen erlassenen Gesetzgebung zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus weiterhin in Kraft ist.“



Landesgartenschau: kein Entrinnen?

Der Antrag, die für das Jahr 2014 geplante Landesgartenschau abzusagen, fand im Gießener Stadtparlament keine Mehrheit. Nur die Vertreter der Linksfraktion stimmten dafür. Wichtiger als sich um die Armen, die Hartz-IV-Empfänger, die Langzeitarbeitslosen, Kinder ohne Schulfrühstück zu kümmern, scheint für die Mehrheit der Abgeordneten ein durch einen Zaun abgeschlossenes Gebiet mit möglichst viel Blumen zu sein. Der Eintritt soll durchschnittlich bei 8 Euro liegen.

Die Ausgaben für soziale Aufgaben

sollen gekürzt werden. Das betreiben nicht nur CDU und FDP, auch die Grünen sind dabei.

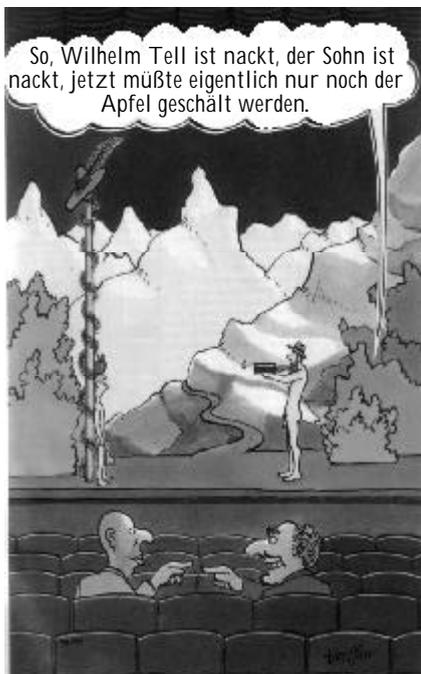
Nicht verhehlt werden soll die Tatsache, dass in den Parteien CDU und Grünen einige Mitglieder skeptisch sind bei dem Verhalten ihrer Fraktion. Die SPD, die sich nach der Entscheidung über den Wettbewerb zur Gestaltung eventuell neu positionieren will, hat sich nicht wenigstens zu einer Enthaltung durchringen können und stimmte gegen den Antrag der Linksfraktion.

„Alle, die an der Durchführung der

Landesgartenschau festhalten, haben sich neben dem unverantwortlichem Handeln gegenüber den armen Menschen nicht überlegt, welche Folgekosten auf die Stadt zukommen werden,“ so Michael Beltz, der den Antrag im Parlament begründete.

Nicht nur die Koalition aus CDU/Grünen/FDP wird bei der nächsten Kommunalwahl 2011 rechtfertigen müssen, warum – nach dem überbeuerten Rathaus – Gelder für eine überdimensionierte Blumenschau aus dem Fenster hinaus geworfen wurden.

Michael Beltz



Gießener Mieter protestieren in Darmstadt

Mehrere Gießener Mieter des Darmstädter Bauvereins führen am 16. November nach Darmstadt, um an Ort und Stelle gegen die unverschämten Mieterhöhungen zu demonstrieren (wir berichteten mehrfach). Die Delegation von insgesamt 17 Protestierern übergab 600 Unterschriften, der Bau-Vertreter begegnete mit ablehnend verschränkten Armen. Renovieren? – Fehlanzeige. Geld ist genug da. Wohin damit? Da kommt den Damen und Herren (auch Vertreter von CDU, Grüne und SPD mischen mit) eine Idee. Sie planen, das Geld in ein neues Hotel zu investieren...



Der Islam - Gefahr für uns?

Das war das Thema einer Diskussionsveranstaltung der DKP am 18.11. im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle. Der Islam, eine der großen Weltreligionen, ist zum Gegenstand zahlreicher kontroverser Diskussionen geworden. In der BRD existieren Angst vor Überfremdung, Widerstand gegen den Bau von Moscheen, fremden- bzw. islamfeindliche Überfälle. Gleichzeitig wurde eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung durch islamistische Attentate auch in der BRD zum Anlaß einer Reihe von sog. Sicherheitsgesetzen



genommen, die zu einer erheblichen Einschränkung der demokratischen Rechte führten. Der Referent des Abends, Klaus Hartmann (Foto in der

Mitte, links von ihm Michael Beltz, rechts Henning Mächerle), Vorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes, sprach fundiert zu den Themen, was zu einer

lebhaften Diskussion der etwa 25 Anwesenden führte. - Leider fand am gleichen Abend eine ähnliche Veranstaltung von ‚solid‘ statt.



Tarifrunde öffentlicher Dienst

Wir zahlen nicht für Eure Krise.

Diese Aussage kann auch das Motto für die nächste Tarifrunde bei den Kommunen und beim Bund werden. Der Tarifvertrag läuft zum Jahresende aus, und die Beschäftigten werden die sog. Wirtschafts- und Finanzkrise um die Ohren gehauen bekommen. Aber es kann nicht sein, daß Milliarden für die Banken und andere Unternehmen da sind und daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit Lohnverlust und längerer Arbeitszeit die Wirtschaftskrise bezahlen müssen - die ist nämlich in Wirklichkeit eine Krise des Kapitalismus, also eine Systemkrise. Das ist nicht unsere Krise, und deshalb zahlen wir auch nicht für sie. Was wir brauchen ist die Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 35 Wochenstunden, denn nächstes Jahr sollen Millionen Arbeitslose zu dem Massenheer der Erwerbslosen hinzukommen, und deshalb muß die Arbeit besser verteilt werden - natürlich ohne Lohnverlust, denn der Export ist zusammengebrochen und die Binnenachfrage muß deutlich erhöht werden. Was wir brauchen ist die Verlängerung der Altersteilzeit, damit die, die lange geschuftet haben, noch was von ihrem Leben haben und die, die jung sind, überhaupt Chancen auf einen Arbeitsplatz bekommen. Wir brauchen eine Laufzeit von 12 Monaten, damit die Erholung der Wirtschaft, so sie denn kommt, in neue und höhere Forderungen und Umverteilungen einfließen kann. Wir brauchen den Sockelbetrag von 250 Euro mehr im Monat für jeden Vollzeitbeschäftigten; damit gleichen wir nur aus, was uns in den letzten Jahren genommen wurde. Wir fordern: weg mit der Herabstufung von Stellenwechslern, es ist ein Hohn, daß im TVöD die Stellenwechsler, egal mit wieviel Berufserfahrung, wieder wie Berufsanfänger bezahlt werden. Die sog. Leistungszulage muß weg, hier wird nur nach Sympathie entschieden, es gibt unnötig Druck auf die Beschäftigten und Ungerechtigkeiten, die das Betriebsklima verschlechtern, zur Spaltung der Beschäftigten beitragen.

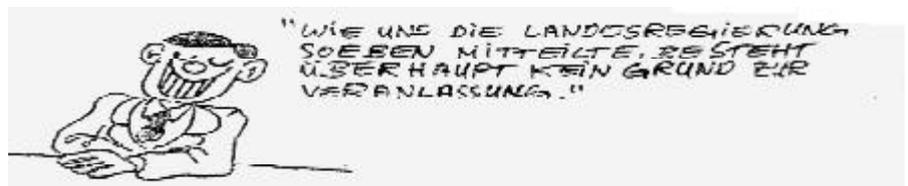
Um dies alles zu erreichen, brauchen wir die offensive Diskussion in den Betrieben. Am 16.12.09 wird verdi die Tarifforderung beschließen; und dazu bedarf es klarer und deutlicher Empfehlungen von der Basis. Wir Kommunisten werden dazu wie andere fortschrittliche Beschäftigte unseren Teil beitragen. K.S.



Hessenfilz und falsche Gutachten

Vor einigen Monaten bekamen ehemalige hessische Steuerfahnder einen Preis für Zivilcourage. Sie hatten millionenschwere Steuerbetrüger verfolgt. Zum Dank dafür wurden sie ihrerseits von der Spitze der Finanzverwaltung verfolgt. Nach monatelangen Schikanen und Mobbing wurden sie mittels psychiatrischer Gutachten aus dem Dienst entfernt. Kürzlich wurde der Gutachter von einem Berufsgericht für Gesundheitsberufe am Verwaltungsgericht Gießen zu 12.000 Euro Geldstrafe verurteilt, zusätzlich bekam er einen Verweis. Die Gutachten sind falsch, die ehemaligen Beamten waren keineswegs dienstunfähig, sondern gesund. Solche Methoden, unliebsame Personen mit gefälschten psychiatrischen Gutachten auszuschalten, wer-

den sonst stets der DDR unterstellt, aber nie bewiesen. Die Drahtzieher dieses Skandals in der Spitze der Finanzverwaltung und der Landesregierung aber tun so, als hätten sie nichts damit zu tun. Der Gutachter bekommt nach wie vor Aufträge. Besonders auffällig ist die Rolle des Oberfinanzpräsidenten Vittoris. Dessen Ehefrau ist Leiterin des Finanzamtes Gelnhausen. Dort gab es Ende 2005 einen ähnlichen Fall. Ein Steuerfahnder war einem Millionen-Betrug auf der Spur. Plötzlich wurde er in den Innendienst versetzt und bekam eine Vorladung zu demselben Gutachter. Er konnte sich retten, indem er der Versetzung zustimmte. In Hessen werden offensichtlich Steuerbetrüger, die zig-Millionen Euros hinterziehen, von höchster Stelle geschützt. G.L.



Schwarze Listen – oder neue Berufsverbote?

Ein neuer hessischer Skandal wurde aufgedeckt. Nach schwarzen Kassen hat Roland Koch nun schwarze Listen für Lehrer. 61 nach Ansicht des Kultusministeriums „problematische“ Lehrkräfte sollen in Hessen nicht eingestellt werden. Angeblich handelt es sich dabei um Bewerber, „die aus erkennbar und überprüfter pädagogischer Ungeeignetheit nicht zum Schuldienst zugelassen werden“.

So etwas festzustellen wäre aber Sache der Prüfer, die die Lehrkräfte bei zwei für den Lehrberuf notwendigen Staatsexamen beurteilen, und nicht der Wiesbadener Landesbürokratie. Die Betroffenen wissen selbstverständlich davon nichts. Jochen Nagel, der hessische GEW-Landesvorsitzende, sagte dazu: „Im öffentlichen Dienst muß nach Eignung und Leistung eingestellt werden –

und zwar nachvollziehbar und transparent“. Und die Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Angela Scheffels, vermutet: „Solche geheimen Listen öffnen der Willkür Tür und Tor. Es könnten dort auch politisch mißliebige Lehrkräfte eingetragen werden...“

Und damit sind wir wieder bei der Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten. Besonders bei Roland Koch ist das auch naheliegend. Erinnerung sei an den Fall eines Heidelberger Lehrers, dessen Einstellung von Badenwürttemberg und Hessen vor einigen Jahren verweigert wurde und der erst nach einer breiten Solidaritätsbewegung und mehreren Gerichtsverhandlungen eingestellt wurde. Er war 12 Jahre lang vom Verfassungsschutz bespitzelt worden wegen seines Engagement in der Friedens- und Antifabewegung. E.B.

Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehn ...

Angesehene deutsche Professoren der Wirtschaftswissenschaften sprechen in Gießen in einer Vorlesungsreihe in der Universitätsaula zu Ursachen und Lehren der ökonomischen Krise. Prof. Hellwig, Bonn, befasste sich mit den Ursachen und nannte persönliche Charaktermängel wie die Gier und, wie könnte es anders sein, „systemische Fehler“ wie mangelhafte Kontrollmechanismen der Bankenaufsicht und die Bereitschaft der Banker, unverantwortliche Risiken einzugehen.

Prof. Isabel Schnabel, Mainz, wusste zu berichten, dass es Finanzkrisen seit Bestehen des Bankwesens gibt, wie der Niedergang der Medici- und Fugger-Dynastien bezeugen. Freilich waren die Folgen damals eben noch nicht „systemisch“. Viel Fachwissen wurde verspritzt, viele Einzelaspekte benannt. Aber mit Goethe (Faust) möchte man ausrufen: Die Teile hält er in seiner Hand, fehlt leider nur das geistige Band. Der verschulte und wissenschaftsfeindliche Lehrbetrieb ist ja gerade heute einer der Gründe, welche Studenten auf die Straße treiben, die es ablehnen, vorgekaute Dogmen herunterzuwürgen.

Wollte man das geistige Band knüpfen, käme man womöglich zu Erkenntnissen

von Karl Marx und die hat man ja auf den kapitalistischen Index gesetzt. Da hatte sich doch der damalige Finanzminister Steinbrück schon fast zu weit vorgewagt, als es ihm entfuhr: „Karl Marx scheint doch nicht so ganz unrecht zu haben.“ Die Zukunftsaussichten sehen die Professoren allerdings auch ohne Marx düster und bedrohlich. Hellwig kennt nur eine Sicherheit: „Die nächste Krise kommt bestimmt.“ Schnabel sieht die Krisengefahren sich erhöhen, weil die Banken nun wissen, dass sie bei drohender Insolvenz vom Staat gerettet werden. In der Tat, ein Zusammenbruch des Bankensystems wird immer wahrscheinlicher. Die Reaktion von Banken und Politik auf die drohende Insolvenz der HRE zeigt es. Ein ständig wachsender Milliardenverlust belastet den Bund als neuen Eigentümer. Unsere Wissenschaftler stellen die Dinge mit der Behauptung auf den Kopf, eine kranke Finanzwirtschaft habe die gesunde „Realwirtschaft“ infiziert. Es sind aber die akkumulierten Mittel der „Realwirtschaft“, die mangels zahlungsfähiger Nachfrage keine Profit versprechenden Anlagen mehr finden. Das Kapital erfindet nun immer riskantere Finanzinstrumente, welche die mangelnden Anlagemöglichkeiten in der Waren-

produktion ersetzen sollen. Das entspricht der Natur des Kapitals, dessen Motor Profit heißt und hat nichts mit charakterlichen und „systemischen“ Fehlern des Finanzwesens zu tun. Der Staat, der als letzte Instanz den Retter in der Not spielen soll, ist selbst längst bankrott. Er hat allerdings den Vorteil, Geld drucken zu können.

Schon die Nazis und ihr Finanzjongleur Hjalmar Schacht haben gezeigt, wie man diese verantwortungslose Geldvermehrung tarnen kann - bis zum völligen Staatsbankrott. Und so freut man sich, dass die Arbeitslosigkeit bisher unter den offiziellen vier Millionen gehalten werden konnte, mit Kurzarbeit und „viel Geld“, wie der Chef der Arbeitsagentur, Weise, sagt. Er fügt hinzu: „Es ist doch völlig klar, die richtige Belastung kommt erst im nächsten Jahr.“ Der Autoabsatz wurde durch die Abwrackprämie ermuntert. Und die Banken erhalten Überlebensinfusionen in Milliardenhöhe. So etwas macht man nur einmal im Leben. Ja, aber die nächste Krise sehen doch auch bürgerliche Ökonomen voraus? „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehn“, sang Zarah Leander als Begleitmusik des Untergangs des Nazireiches.

Klaus Mewes



Schilda in den Rivers

Nachdem der Kreis nun in die angemieteten Räume in den 'Rivers' umgezogen ist und der Investor sich die Hände über die zu erzielenden Einnahmen reiben kann, werden immer mehr „kleine“ Pannen bekannt. Die Gebäude haben Buchstaben zur Kennzeichnung bekommen. Als die Fassaden fertig waren, wurden die Löcher für die Befestigungen der großen Buchstaben angebracht. Dann wurden sie alle wieder entfernt, neue Löcher, nämlich höher als die bisherigen, gebohrt und die Schilder wieder neu angebracht. Die Fassaden zieren nun noch die freiliegenden ersten Befestigungslöcher. Wäre schön, mal zu erfahren, was dieser Mist mit den Schildern gekostet hat, eine Anfrage im Kreistag wäre doch ganz nett. Übrigens wurde das Hinweisschild auf die Kreisverwaltung, wie zu hören war, gleich zweimal versetzt, auf den ersten beiden Standpunkten war es für Anfahrnde nicht zu erkennen!

K.S.

ZAUG: 30% mehr Arbeit 0% mehr Geld

Unter dem Motto „Gießener Weg“ nennt „ZAUG“ als Ziel: *„Menschen aus lange währendender Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden Perspektiv- und Mutlosigkeit“* einen Weg anzubieten. Nun ist zu hören, dass Teilnehmer an der „Förderung der beruflichen **W**eiterbildung“ (das sind keine Jobs) plötzlich von 30 Stunden in der Woche auf 39 Arbeitszeit angehoben werden ohne mehr Geld zu bekommen.

Auch wenn es heute in vielen Betrieben üblich ist, die abhängig Beschäftigten zu mehr Arbeit ohne mehr Lohn zu verpflichten, bleibt bei ZAUG die Frage offen: wieviel Euro erhält diese Gesellschaft pro Auszubildendem als Zuschuss und was wird mit dem Geld gemacht? Da hier nach deutscher Rechtsauffassung kein Gesetzesverstoß vorliegt, muss Druck auf die GIAG gemacht werden.

Sollte in Gießen und im Landkreis eine sozialdemokratische Parteiorganisation vorhanden sein, könnte diese über Berlin sich an den Gesetzgeber wenden.

M.B.

Obamas Lateinamerika-Politik: Kein "Change" sondern Kontinuität mit Bush

Noch nie ist ein neuer US-Präsident mit so vielen Vorschußlorbeeren bedacht worden wie Barak Obama, sogar einen Friedensnobelpreis bekam er im Voraus. Von einem tatsächlichen Wechsel der US-Politik kann allerdings nach knapp einem Jahr Regierungszeit keine Rede sein, auch nicht im Verhalten der Weltmacht gegenüber seinen südlichen Nachbarn in Lateinamerika.

In Kuba hatte die Regierung von vornherein keine Illusionen, dazu kennt man dort den großen Knüppel, der seit über 40 Jahren droht, schon zu gut. An der Blockade, die seit Jahrzehnten die kubanische Wirtschaft stranguliert, hat sich nichts geändert. Auch die 5 Kubaner, die seit vielen Jahren in US-Gefängnissen sitzen, weil sie Terroranschläge von Exil-Kubanern gegen ihr Land verhindern wollten, sind immer noch gefangen.

In Honduras konnte in diesem Sommer der Putsch, mit dem ein fortschrittlicher Präsident von Militärs und Großgrundbesitzern gestürzt wurde,

nur mit der Unterstützung der dortigen Basis der US-Air-Force durchgeführt werden. Von der US-Regierung wurde der Umsturz zwar nicht, wie frühere Putsch in Lateinamerika, lauthals begrüßt, aber auch nicht verhindert. Der Druck der USA auf die illegale Regierung hielt sich in Grenzen. Die reaktionären selbsternannten Machthaber konnten in aller Ruhe manipulierte Neuwahlen vorbereiten.

In Kolumbien, dessen gegen das eigene Volk extrem gewalttätiges Regime der beste Freund der USA in Lateinamerika ist, hat die US-Armee im Herbst 2009 mehrere Militärstützpunkte besetzt. - Da den USA aus dem Süden des Kontinents keinerlei Gefahr droht, ist der einzige Zweck solcher Militärbasen die Bedrohung und Einschüchterung der Nachbarländer. Vor allem die fortschrittlichen Regierungen in Venezuela und Ecuador stören die Machtinteressen der USA und der US-Konzerne in dieser Region und sollen mit der ständigen Präsenz von US-Militär in der Nach-

Obama gegen den Rest der Welt

Im Oktober hat die UN-Vollversammlung fast einstimmig (mit 187 Stimmen) die USA aufgefordert, die Blockade gegen Kuba zu beenden. Auch alle EU-Länder hatten den Antrag unterstützt. Nur die USA selbst, Israel und Palau stimmten dagegen. Dennoch setzt Barak Obama, der den Friedensnobelpreis auch für "den neuen Respekt der USA gegenüber den Vereinten Nationen" erhalten hatte, die Wirtschaft-Blockade gegenüber Kuba fort.

barschaft in Schach gehalten werden.

Die 4. US-Flotte, die mehr als hundert Jahre lang den Völkern Lateinamerikas zeigen sollte, wer der Herr im Hause ist, wurde von US-Präsident Bush wiederbelebt. Auch unter Obama kreuzt sie durch die südlichen Gewässer des Kontinents. Auf einen Wechsel der US-Politik kann dort keiner hoffen - wenn es in Lateinamerika sowas wie „Change“ gibt, dann nur durch die Kampfbereitschaft der dort lebenden Menschen.

Gernot Linhart

Die Tafel – und ihre Zweischneidigkeit

Vor nunmehr vier Jahren wurde die Giesener Tafel gegründet. Schon Ende letzten Jahres wurden dort fast 800 Bedürftige mit Lebensmitteln versorgt. 170 ehrenamtliche Mitarbeiter sind daran beteiligt, Lebensmittel von den Spendern abzuholen und zu verteilen. Bereitgestellt werden die als unverkäuflich aussortierten Waren von Märkten, Bäckern und Metzgern.

Die erste der deutschen Tafeln wurde 1993 in Berlin nach dem Vorbild der New Yorker Organisation City Harvest gegründet. In ganz Deutschland gibt es mittlerweile um die 850 Tafeln mit über 1.700 Ausgabestellen. Ihr Großteil ist im Bundesverband „Deutsche Tafel e. V.“ zusammengeschlossen. Mit über 30 000 ehrenamtlichen Helfern werden etwa eine Million Bedürftige mit wöchentlich über 3000 Tonnen Lebensmitteln versorgt. Das Angebot der Tafeln ist für viele Arme eine große Hilfe. Die ehrenamtlichen Helfer sind in

selbstlosem Einsatz für andere, die ihre Hilfe brauchen. Bei den Spendern sieht das schon nicht mehr unbedingt so aus. Die Förderung der Tafeln ist nicht nur für manchen Lebensmittelkonzern eine preisgünstige Möglichkeit für Marketing. Wie z.B. Lidl seine Mitarbeiter knechtet ist ein vielbesprochenes Thema. Als einer der Hauptsponsoren der Tafel kann sich der Konzern aber als sozialer Wohltäter hinstellen. Auch die ganz profane Ersparnis

von Müllgebühren spielt eine größere Rolle, als man auf den ersten Blick glauben möchte: im Durchschnitt spare „ein Supermarkt 70 000 Euro im Jahr, wenn er die Waren, die bald ablaufen, an eine Filiale der Tafel verschenkt“, schrieb „der Spiegel“ 2008.

So menschenfreundlich das Konzept als solches ist, eine Organisation zur Verteilung von Almosen an Millionen (mit einem weiteren Steigen der Kundenzahl der Tafeln wird allgemein gerechnet) findet ihren Platz nur in einer Gesellschaft entweder des allgemeinen Mangels oder der allgemeinen Ungerechtigkeit. Die kapitalistische Ausbeutergesellschaft mit ihrer Klassenspaltung macht die Tafeln erst notwendig. Ihre weitere Verbreitung liegt nicht nur im Interesse der Bedürftigen, sondern auch der Ausbeuterklasse, da sie eine Hilfe sind, die Millionen Arbeitslosen bei mehr milden Gaben mit weniger Rechten, und damit billiger, abzuspisen. Michael Hühn



Leserbriefe

Bildungsstreik

Mit großer Freude habe ich als Student der Gießener Universität die solidarischen Grüße des DKP Kreisvorstandes Gießen und Eure Beistandserklärung aufgenommen... Im alltäglichen Universitätsbetrieb reife zwischen verschulden Seminaren und zum Teil mangelhafter Ausstattung ein neues Bewusstsein. Es zeigte sich überdeutlich, dass die großspurig angekündigten „Verbesserungen“ des Bologna-Prozesses in eine Bildungssackgasse führen, aus der es auszubrechen gilt... Bildung ist ein Menschenrecht. Es muss der vorherrschenden Verwertungsideologie des Kapitalismus entrisen werden, es muss denen zurückgegeben werden, die durch Bildung ihre eigene Zukunft und die Zukunft unserer Gesellschaft zum Guten verändern wollen... Allerdings ist es nicht damit getan, nur an wenigen Tagen im Jahr an Veränderungen und Protest gegen real existierende Missstände zu demonstrieren... Umso wichtiger ist es, dass alle fortschrittlichen Kräfte an einem Strang ziehen und sich gegenseitig in ihren Kämpfen unterstützen. Die Fremdbestimmung und der wachsende Druck trifft nicht nur die Studenten, sondern ist vielmehr verstärkt in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden. Eine breite Fronte aus Schülern, Studenten, Werktätigen und Rentnern muss sich zusammenfinden, um eine bessere Zeit zu erstreiten. In diesem Sinne bedanke ich mich für die solidarischen Grüße. I.

Armut und Mildtätigkeit

„Wenn ich etwas für Arme tue, bin ich ein Heiliger. Wenn ich aber frage, warum sie arm sind, bin ich ein Kommunist.“ (Don Helder Camara, brasilianischer Bischof und Mitbegründer von Pax Christi). Dies hat in der (vor-)weihnachtlichen Zeit eine besondere Bedeutung. Die angeblich mildtätigen Kapitalisten und deren politischen und kirchlichen Lakaien spenden in dieser Zeit gerne an arme Kinder und auch bedürftige Erwachsene, um öffentlich davon abzulenken, dass gerade sie die Armut und den Hunger hier und weltweit produzieren und davon profitieren. Bei gerechter Verteilung der Güter bräuchte keiner der sieben Milliarden Menschen auf der Welt zu hungern. Wie sagte Kurt Tucholsky schon in der Weimarer Zeit treffend: „Bürgerliche Wohltätigkeit. Gut, das ist der Pfennig. Doch wo ist die Mark?“

Uwe Moldenhauer

„Quo vadis Linke“, ein Leitartikel der sich sehr wohltuend von denen unterscheidet, die man sonst oft von unseren „Kleinzeitingen“ kennt, die kämpferisch gute Laune verbreiten:

Deine These, nicht nur die PDL (Partei die Linke) betreffend: Die Parteien, die die Regierung stellen, betreiben das „business as usual“. Die Parteien, die gerade Opposition schieben, machen den linksalternativen Pausen-Clown. „Regierungsfähig“ wird die Linke dann, wenn sie Krieg nach innen und außen, sozial und militärisch mitträgt, ihr Klientel ruhig stellt, und auch ernsthaftere linke Kräfte bindet. Was du natürlich im Gießener Echo so nicht explizit schreiben konntest: Dieser Wirkmechanismus wirkt auch weiter in kommunistische Bewegung bzw. ihre Partei(en) hinein, in dem sie die Kräfte stärkt, die im moderateren Umgang mit dem Klassegegner und seinen „gutmeinenden“ Strömungen versuchen, eine „Isolierung“ zu vermeiden, und anderen einen linken Radikalismus unterstellen. Zwischen Rechtsopportunisten und „linken Sektiererern“ muß es einen schmalen Weg geben. Seinem - nicht immer gradlinigem - Verlauf zu folgen, ist sehr anspruchsvoll. Manchmal wird der einzuschlagende Kurs auch erst in einer historischen Perspektive sichtbar.

Lieber erstmal mit eigenen Kräften zeitweilig mühsam voran kommen, als ein totes sozialdemokratisches Pferd zu satteln, das von einem neuen Rosstäuscher frisch gestriegelt durch die Kulisse gezogen wird. Klaus Vonberg (per E-Mail)

Mit 9 : 5 rausgekickt

Bald ist Nikolaus und Brender ohne Job? Da hilft nur ohne zu klagen klagen. R.B.

Buchtip

Der neue Krimi von Reiner Kotulla ist bei Shaker media erschienen. „Alexander Fabuski schreibt über einen Doppelmord, doch

weil er selbst ermittelt, geraten er und seine Freunde in tödliche Gefahr.“ 240 Seiten., 15 Euro



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482,

E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

Mehr Geld für Bildung!

Seit Jahren erleben Menschen auf der ganzen Welt, wie Studiengebühren ansteigen und infolgedessen viele nach ihrem Abschluss, falls es durch Leistungsverdichtung und Geldmangel überhaupt dazu kommt, hoch verschuldet sind - oft auch ohne berufliche Perspektiven. Seit einiger Zeit ist die Präsenz von Unternehmen an (Hoch-) Schulen stark angestiegen. Öffentliche Bildungseinrichtungen geraten verstärkt unter die Zugzwänge wirtschaftlicher Interessen und werden zunehmend entsprechend der Profitlogik großer Kapitalunternehmen funktionalisiert, in denen Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrkräfte und sonstige Angestellte kaum Mitspracherecht haben. Der Kundenstatus an den Unis und vermehrt auch Schulen schafft eine Atmosphäre, die dem autonomen Lernen völlig widerspricht. Die Menschen leiden weltweit unter Haushaltskürzungen, so auch im öffentlichen Bildungsbereich. Falk Moldenhauer

Redaktionsschluß für das
Januar-Echo: 07.01.10

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>
<http://www.dkp-hessen.de>

Die „Schweinegrippe“- oder der Wutzehuste

Der erste Mensch, der in Deutschland angeblich an Schweinegrippe starb, war eine 36-jährige Frau. Sie wog 180 kg, war Raucherin, Diabetikerin und litt vor ihrer Infektion bereits an einer Erkrankung der Atemwege. Beim Fall der 15-jährigen Schülerin aus Kassel z.B. wurden keine Viren der Schweinegrippe festgestellt. Dies wurde erst drei Wochen später berichtet!
Seither sind 46 Menschen - offiziell - an diesem Virus gestorben (Stand: 24.11.09).



Mitte November waren offiziell etwa 53.000 Menschen in Deutschland infiziert, in-between werden die Fälle nicht mehr gezählt. Die „Schweinegrippe“ verläuft wie die normalen Grippe, an der jährlich zwischen 5.000 und 10.000 Menschen sterben. Das wären im Schnitt zwischen 13 - 26 Menschen täglich.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Schweinegrippe wird nicht besonders behandelt. Verlauf und Symptome sind wie die der saisonalen Grippe. Erkrankten Patienten geht es danach wieder gut. Beim Verzehr von Schweinefleisch wird der Virus nicht übertragen. Es sind noch viele - gewinnbringende - Impf-Ampullen vorhanden... allerdings



mit Nebenwirkungen. Der Impfstoff enthält Squalen und Quecksilber und wirkt krebserregend. In den USA, GB, Frankreich u.a. Ländern sind diese Substanzen nicht im Impfstoff enthalten. Es gab angeblich bereits Patienten, die nach der Impfung einen anaphylaktischen Schock erlitten, andere sollen sogar daran verstorben sein.

Wer sich impfen lassen möchte, um sich sicherer zu fühlen, kann das tun. Der normalgesunde Mensch sollte sich nicht verunsichern lassen und ganz entspannt abwarten.

*Was hilft gegen die Schweinegrippe?
Mal ordentlich die Sau rauslassen!*)*

M.L.

*) Empfehlung des Kölner Karnevalvereins vom 15.11.09

Kultusminister nachsitzen!

Großdemo am 10.12. in Bonn

Auf nach Berlin zu Rosa und Karl

Am 10. Januar 2010 findet in Berlin die traditionelle Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung statt. Der Bezirksvorstand Hessen bietet auch 2010 wieder eine Busfahrt mit Übernachtungsmöglichkeit in Berlin an. **Abfahrt in Gießen** ist: am 9. 1., ca 1 Uhr nachts ab Bahnhof. Die Rückfahrt ist am Sonntag, nach der Demo, gegen 15 Uhr. Der Preis wird etwa wie im Vorjahres 45 Euro, erm. 30 Euro betragen. Übernachtungsmöglichkeiten im Hotel Kolumbus zum Preis von 43,- Euro (EZ) oder 27 Euro (DZ), Anmeldung bei Rainer Keil unter 0160-90244774 Weitere Informationen unter www.ll-demo.de, www.dkp.de und unter www.rosa-luxemburg-konferenz.de.

Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Verlogene Ausstellung im Rathaus

Im neuen Rathaus gibt es eine Ausstellung zur 20. Wiederkehr des Tages, an dem die DDR-Führung die Kontrolle über ihre Grenzen zu Westberlin und zur BRD aufgab. Besucher trifft man dort selten, kein Wunder nach der intensiven Dauerberieselung zu diesem Thema in allen Medien. Was anderes als das übliche „DDR ganz ganz schlecht, Bundesrepublik das reinste Paradies“ ist dort nicht zu sehen, das einzige Originelle sind Berichte aus dem Gießener Notaufnahmelager. Für die Zusammenstellung der Ausstellung wurden indoktrinierte Auszubildende mißbraucht, die mit dem Besuch einschlägiger manipulierter Gedenkstätten vorbereitet wurden (alle diese Gedenkstätten, ob sie die Staatssicherheit, die Mauer oder die DDR-Westgrenze zum Thema haben, arbeiten mit nachträglich hergestellten Ausstellungsstücken). Von Parteiverboten, politischer Verfolgung und Berufsverboten in der Bundesrepublik hat man den Jugendlichen sicher nichts erzählt. Ein schönes Beispiel für

den Wahrheitsgehalt der Ausstellung findet man auf einer der Schautafeln. Dort ist eine DDR-Mark abgebildet, darunter ist zu lesen, diese „Ostmark“ wäre gerade mal 10 Pfennig wert gewesen. Tatsächlich bekam man für so eine Münze in der DDR z. B.: 1 Bockwurst mit Brot und Senf, oder 7 Fahrkarten für Straßenbahn/Stadtbuss, oder 20 Brötchen! Gernot Linhart

Über die hanebüchene Fälschung im Film ‚Die Frau vom Checkpoint-Charlie‘ haben wir bereits berichtet (Nr. 10/09). Die Gießener Allgemeine hat jetzt (31.10.) eine weitere Unwahrheit entdeckt: im Film hatten die Autos mit Häftlingen, die in die BRD ausreisten, das Kennzeichen GI (für Gießen, wo das Aufnahmelager war). In Wahrheit hatten sie jedoch das Kennzeichen HU (der beauftragten Hanauer Firma). Aber was ist schon ein falsches Nummernschild gegen die Verlegung einer internationalen Konferenz von Wien nach Helsinki und andere Lügen...

Veranstaltungsreihe „Lateinamerika im 21. Jahrhundert“ Donnerstag, 10. Dezember, 20 Uhr, im Café Amelie (DGB-Haus) 30 Jahre Sandinistische Revolution in Nicaragua

Referenten: María Concepción Mercado Membreño, Wilhelm Manuel und Andreas Mattes aus Nicaragua sowie Jan Schröder
nächste Veranstaltung: 21. Januar, 50+1 Jahre Kubanische Revolution,